

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Lieferung 7,50 Mk., vierteljährlich 22,50 Mk., ...

Soale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite ...

Nr. 200.

Halle, Sonnabend, den 30. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Ruhigere Auffassung in London.

Der amerikanische Einfluß macht sich geltend — Lloyd George übt Zurückhaltung — Auf der Suche nach einem Ausgleich — Ein neues Ultimatum an Deutschland geplant.

Frankreich

darf nicht einmarschieren.

Wie wir schon im Leitartikel unserer heutigen Morgenausgabe andeuteten, ist damit zu rechnen, daß Frankreich sich durch seine Niederlage in der Reparationskommission ...

Wie es scheint, sind aber weitere Bestrebungen im Gange, den Einmarsch wenigstens vorläufig zu verhindern. Nach einer Pariser Meldung hat das amerikanische Staatsdepartement die französische Regierung ersucht, die geplante Besetzung des Ruhrgebietes ...

Bei Briand scheinen die Amerikaner damit wenig Gegenliebe gefunden zu haben. Briand erklärte dem Pariser Vertreter des „Corriere della Sera“, Frankreich sei jetzt entschlossen, die Besetzung des Ruhrgebietes durchzuführen. Deutschland habe mit dem Antrien Amerikas hinterlistig auf Frankreich einen Druck ausüben und den Verband sprengen wollen, doch sei das Ministerium festgeblieben. Die heilige Reichsregierung sei nur das Werkzeug der Imperialisten und insbesondere sei sie in der Entwaffnung hilflos. Der Vertrag der Kohlensteuer des Ruhrgebietes müsse künftig den Reparationen zu.

Es ist ein starkes Stück, daß Briand behauptet, die deutsche Regierung, die seinen Angaben den Anstrich der reaktionären Desorganisationen, sich zur Verständigung in der Reparationsfrage und zu weitgehenden Opfern bereit gezeigt hat, sei „nimmurh das bloße Werkzeug in den Händen imperialistischer Elemente“. Briand verdrückt bezaubert und in Kenntnis der Dinge die Wahrheit, und sein Verhalten liegt jenseits der Grenzen politischer und persönlicher Anständigkeit. Er hofft, auf diese Weise die Welt, die allmählich Widerwillen vor dem Treiben der französischen Machtpolitiker empfindet, davon abulen, daß er selber nur das Werkzeug des französischen Imperialismus ist, und daß er von Gemalttat zu Gemalttat gleitet, weil er Furcht vor den Poincaré und Genossen hat.

Die römischen Pressestimmen spiegeln teilweise den Eindruck der französischen Bemühungen wider, die deutschen Vorschläge zu Fall zu bringen. Der französische Standpunkt wird nun in Pariser Meldungen unterstützt, die anscheinend inspiriert sind. Wie „Messagero“ meldet, hat Briand am Sonntag nochmals versucht, von Lloyd George freie Hand für die Durchführung der „Sanktionen“ zu erhalten, indem er Kompenationen im nahen Orient sowie die Abtretung kleiner Teile Frankreichs gehörender indischer Gebiete, sowie eine neue Besetzung der Grenzen der englischen und französischen Kolonien in Afrika anbot. Lloyd George habe jedoch abgelehnt.

Lloyd Georges Zurückhaltung scheint überhaupt festzuhalten. Man ist über die Absichten des englischen Kabinetts in Paris noch nicht vollkommen orientiert und es scheint, daß auch Lloyd George selber noch keine endgültigen Beschlüsse über die englische Haltung gefaßt hat. Sicher ist lediglich, daß er die deutschen Vorschläge als unannehmbar betrachtet, aber die Möglichkeit besteht, daß er noch nicht vollkommen darauf verzichtet hat ein Mittelweg zu finden. Man hat den Eindruck, daß er für den Augenblick es für angeeignet hält, weiterhin Zurückhaltung zu beobachten, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Auf der heute beginnenden Londoner Konferenz stellt man sich im allgemeinen wohl nicht auf den Standpunkt der französischen Katastrophopolitiker. Das ergibt sich sogar aus Savas-Meldungen. Danach hat der englische Kriegsminister gestern vorgeschlagen, an die deutsche Regierung die dringende Aufforderung zu richten, in

der Frist von einer Woche 42 Jahreszahlungen von je zwei Milliarden Goldmark anzunehmen, sowie veränderliche jährliche Zahlungen in Höhe von 25 Prozent der deutschen Ausfuhr. Loucheur bestämpfte diese Unterredung. Seine Ausführungen beeinflussten die Engländer auch lebhaft. Die Belgier legten sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein. Briand wird heute die Notwendigkeit unzerleglicher Maßnahmen vertreten. Erst in der Folge könnten die Verhandlungsregierungen einen letzten Schritt der Verständigung tun, indem sie ein Ultimatum an Deutschland richteten.

In Amerika geht nach einer Savas-Meldung die Meinung dahin, daß die Reparationsfrage der Hauptgegenstand der getrigen Besprechung des Kabinetts gewesen ist. In gewissen Kreisen rechnet man damit, daß die deutschen Vorschläge derart abgeändert werden, daß sie den Verhandlungsregierungen zwecks Wiederaufnahme der Verhandlungen annehmbar erscheinen können. Es heißt, daß der englische Botschafter gestern eine Unterredung mit Hughes hatte, der später den belgischen empfing.

Was die für den 1. Mai geplanten Maßnahmen betrifft, so gibt der „Matin“ eine angelegliche Forderung der englischen Ministerpräsidenten, die nach dem Vornach nicht früher angetreten werden soll, bevor an Deutschland ein neues Ultimatum gerichtet worden sei, worin diesem eine neue Frist gegeben wird.

Das deutsche Reichskabinett beriet gestern über die Reparationsfrage. Dieser Besprechung lag jedoch eine Antwort der amerikanischen Regierung nicht zugrunde. Der Hauptgegenstand der Beratung bildeten der „B. Z.“ zufolge Erklärungen und Ergänzungen über die deutschen Vorschläge, die auf eventuelle amerikanische Rückfragen hin gemacht werden könnten. Danach scheint es also, als ob trotz des hysterischen Geschrei der französischen Presse die Verhandlungen doch in sich mollen und als ob Amerika eine weniger laute, aber desto fruchtbarere Vermittlerarbeit leistet. Angesichts dieser Tatsache will uns die Art wenig glücklich erscheinen, in der sich viele deutsche Zeitungen in dieser Sache kritisch betätigen. Es hat jetzt wirklich keinen Zweck, an dem herumzudrögen, was die deutsche Reichsregierung tut, das Reichskabinett hat sich geschlossen hinter den Außenminister gestellt und stützt sich dabei auf eine ausgeprägte Mehrheit des Parlamentes. Die Oppositionsparteien, die außerhalb der Verantwortung stehen, sollten nunmehr jowel politische Disziplin anfangen, daß sie die schwere Stellung der Reichsregierung dem Ausland gegenüber nicht noch schwieriger gestalten und den Auslands-Imperialisten nicht Material in die Hand spielen, das noch weiter gehende Forderungen und Verdächtigungen als berechtigt erscheinen läßt. Nur eine deutliche Erscheinung tretende Geschlossenheit des gesamten Volkes kann zu dem Erfolge führen, den wir alle wünschen.

Die Konferenz in London.

Ueber den Beginn der Beratungen des Obersten Rates liegen widersprechende Meldungen vor. Nach dem „Matin“ soll die erste Sitzung heute nachmittags 4 Uhr stattfinden. Nach dem Sonderberichterstatter des „Deuvre“ sei es nicht ausgeschlossen, daß die Beratungen erst am Montag beginnen werden. Graf Storza kommt erst am Sonntagabend in London an und Lloyd George würde sich erwidern und wolle den Sonntag auf seinem Landlich verbringen. Bertinax erklärt jedoch, Lloyd George und Briand würden die erste Besprechung heute nachmittags um 4 1/2 Uhr haben und die erste Sitzung des Obersten Rates werde dann um 4 1/2 Uhr stattfinden.

Nach Meinung Bertinax im „Echo de Paris“ stehen jedoch verschiedene Punkte auf der Tagesordnung des Obersten Rates:

- 1. Die Frage des Ultimatum. Hier sei der Standpunkt der Franzosen, daß das Datum des 1. Mai schon an sich für sich ein Ultimatum darstelle.
2. Das Ultimatum von Paris. Die Engländer wollten seine Forderungen herabziehen, die Franzosen jedoch darüber hinausgehen, um auf das Niveau zu gelangen, das die Reparationskommission festgelegt habe.
3. Die Frage der 12 Milliarden Restschuld aus Artikel 235.
4. Die Besetzung des Ruhrgebietes. Die französische Seite nicht als ein Desultat, sondern als dauerhaftes Hindernis für die regelmäßige Erfüllung der Verpflichtungen, die Deutschland unterzeichnet habe, angesehen wird. In London jedoch glaube man nicht, daß die Verbündeten in der Lage sein werden, mit Ruhen das Ruhrgebiet auszubeden, und man scheue die Schaffung eines wirtschaftlichen Systems, das mehr oder weniger auf Gewalt aufgebaut sei.

5. Seien Einzelheiten für die Besetzung des Ruhrgebietes vorgezeichnet. Hier glaubt man nicht, daß Jod, der darüber Vorschläge unterbreiten werde, auf Schwierigkeiten stoßen werde.

6. Die französischen und belgischen Minister stehen auf dem Standpunkt, daß die Besetzung nicht nur wegen der Verletzungen in der Entwaffnungsfrage, sondern ebenfalls wegen ähnlichen Willens in der Reparationsangelegenheit erfolgen müsse.

Regierungskrisis im Reich?

Die Spannung der außenpolitischen Lage läßt naturgemäß auch schon wieder alle möglichen Gerüchte über eine Regierungskrisis im Reich entstehen. Es ist jedoch selbstverständlich, daß vor der endgültigen Entscheidung über den Ausgang des letzten Schrittes an Amerika alle derartigen Kriegerische den Tatsachen voraussehen. Im gegenwärtigen Augenblick kann niemand daran denken, eine Veränderung in der jetzigen Zusammensetzung der Reichsregierung herbeizuführen zu wollen. Das hat auch die politische Aussprache der letzten Tage im Reichsparlament gezeigt. Wenn dagegen der letzte Vermittlungsversuch scheitert und das Ruhrgebiet besetzt wird, so kann allerdings eine Lage entstehen, in der die Regierung von sich aus oder einzelne Minister erklären, nicht weiter im Amte bleiben zu wollen. Dieser Möglichkeit schon heute ins Auge zu fassen, ist selbstverständlich Pflicht weischauder Politiker aller Parteien. Aber bei der Ungewißheit der nächsten Tage kann ebenso selbstverständlich heute noch kein bestimmtes Vorgehen irgendeiner Partei in Frage kommen. Das Gebot des Augenblicks lautet vielmehr: Nerven behalten und nichts überstürzen!

„Zur Erziehung des deutschen Volkes“.

„Daily Mail“ meldet: In Londoner diplomatischen Kreisen verläutet, daß Deutschland sein letztes Wort gesprochen habe. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Mail“ meldet: Lord d'Albion habe der britischen Regierung die letzten Informationen über die Stellung der deutschen Regierung gegeben. Die deutsche Regierung stehe schmach und die Rechtsparteien würden immer mehr gestärkt. Die deutsche Regierung sei, soweit festgestellt werden könne, mehr bereit den Forderungen der Alliierten nachzugeben, als die öffentliche Meinung Deutschlands. Man sei der Ansicht, daß, wenn die deutsche Regierung den Alliierten auf gleichem Wege entgegenkomme, dies den Sturz der deutschen Regierung bedeuten würde. Mithatig werde die Besetzung des Ruhrgebietes zur Erziehung des deutschen Volkes eher als zur Erziehung seiner Regierung zu sein. — Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet außerdem, daß in der deutschen Note an die Vereinigten Staaten Bedingungen enthalten seien, die als unzulässig angesehen würden, a. B. die Wiedererstattung des beschlagnahmten deutschen Privatgüterums und der Wunsch, daß ganz Obereschlesien deutsch bleibe.

Die Oberflächlichkeit der Reparationskommission.

In einer Note der Kriegsschadenkommission an die Reparationskommission als Antwort aus deren Note über die Festlegung des Gesamtbetrages der Reparationsverpflichtungen Deutschlands heißt es:

Die von den einzelnen alliierten Regierungen der Reparationskommission eingereichten Schadenschätzungen enthalten in sehr vielen Fällen nur Endsummen. Für einzelne Zahlengruppen, auch über die Methoden der Schadensfeststellung und Abfassung werden nur Lückenweisse Angaben gemacht. Die deutsche Delegation hat sich bemüht, durch Besprechungen mit den Sachverständigen der beteiligten Regierungen die mangelhaften Unterlagen zu ergänzen und sich damit die Möglichkeit zu einer ausreichenden Überläufigkeit zu verschaffen. Dabei hat sie nur in geringem Maße Erfolg gehabt. Das ihr vorgelegte Material bleibt in der Hauptsache für eine umfassende und systematische Stellungnahme unzulänglich. Auch soweit eine solche Stellungnahme an sich möglich war, hat die deutsche Delegation aus Mangel an ausreichender Zeit für die Bearbeitung nicht überall dazu gelangen können. Unter diesen Umständen mußte sich die Delegation auf einzelne Bestandteile beschränken. Dabei ist ihr in einer beträchtlichen Zahl von Fällen der Nachweis gelungen, daß Schadenschätzungen zu Unrecht eingeleitet oder zu hoch bewertet oder mehrfach in Rechnung gestellt worden sind. Damit ist auch die materielle Zuverlässigkeit der Schadenschätzungen ernstlich erschüttert worden. Die Reparationskommission hat zwar der deutschen Delegation imerthals der kurzen Zeitspanne zwischen der Einreichung der Rechnung durch die alliierten Regierungen und dem durch den Friedensvertrag festgelegten Termin nach Möglichkeit Gelegenheit zur Prüfung und Stellungnahme gegeben. Trotzdem kann die deutsche Regierung nicht erkennen, daß ihr in dieser überaus bedeutsamen Frage

Billiges Gehör im Sinne des Artikels 232 Absatz 2 des Friedensvertrages von Versailles genährt worden sei. Die Reparationskommission sollte, ohne auf die in dieser Note enthaltenen Einwände einzugehen, am 27. April den bereits bestimmten Beschluß, wonach die Höhe der Schäden für die Deutschland Schuld lautet auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt wird. Dabois teilte außerdem mit, die Reparationskommission würde auch den Zahlungsplan der deutschen Regierung notifizieren, sie wolle aber dieser zu jeder Gelegenheit zur Aufklärung geben. Dies sollte in der Sitzung am Freitag, dem 29. April, geschehen. Auf Weisung der deutschen Regierung vom 29. April ist seitens der Reparationskommission daraufhin eine schriftliche Erklärung überhandt worden, daß der deutsche Vertreter bei der Reparationskommission nicht in der Lage sei, am 29. April über den Zahlungsplan zu verhandeln. Die deutsche Regierung hat, so lautet die Erklärung, ihre Gedanken über die Lösung des Reparationsproblems in Konferenzen in Spa, Brüssel und London unterbreiten lassen und hat vor wenigen Tagen der amerikanischen Regierung einen neuen Plan übermittelt, auf welchen eine Antwort noch aussteht. Die deutsche Regierung möchte es unter diesen Umständen zunächst der Reparationskommission überlassen, ihrerseits einen Plan aufzustellen, hinsichtlich dessen sie jedoch alle Vorbehalte macht. In der Sitzung der Reparationskommission vom 29. April ist der deutsche Vertreter nicht erschienen. Auf Weisung der Reichsregierung vom 29. April hat die Reparationskommission den Leiter der Reparationskommission gestellte Forderungen auf Überführung der Goldmilliarde der Reichsbank auf die Banque de France mit einem Schreiben beantwortet, in dem es heißt: Die deutsche Regierung muß wiederholt betonen, daß die Verpflichtung des Artikels 235 vorbehaltlich der besonderen Fixierung von Zahlungsterminen nach Wortlaut und Sinn des Friedensvertrages materiell nur als ein Teil der gesamten Reparationsverpflichtungen angesehen werden könne. Das Schreiben erinnert dann an die vorläufige der deutschen Regierung zur Lösung des gesamten Reparationsproblems und verweist darauf, daß nach den deutschen geographischen Verhältnissen der Gesamtumfang angenommen werden ist, der in einem 1. Mai dieses Jahres festgesetzt erlangt wird, wonach die Verfügung über Gold weiterhin bis zum 1. Okt. 1921 verboten und strafbar ist. Das Schreiben schließt: Die deutsche Regierung glaubt, daß das Erzeugnis auf Verlieferung von einer Milliarde Mark Gold in die Gemäße der Bank von Frankreich nicht aufzuzuerhalten sei.

Ungegerechtfertigte Bevorzugung des Großgrundbesitzes.

Entgegen der Erklärung des Reichsfinanzministers bei der Beratung des Haushalts wird in der Praxis der Finanzminister der Großgrundbesitzer bei der Steuererhebung bevorzugt; nach wie vor wird die gleiche Qualität Boden und Holz bei landwirtschaftlichem Großbetrieb wesentlich niedriger eingeschätzt als beim landwirtschaftlichen Kleinbetrieb. Das ist um so merkwürdiger, als die Vertreter des Großgrundbesitzes immer behaupten, daß er größere Erträge für den Staat bringe als der Kleinbetrieb. Ein so hervorragender Sachverständiger wie Geheimrat Arndts hat sogar eine entgegengesetzte Stellungung des Kleinbetriebes und schwerere Belastung des Großbetriebes im Reichswirtschaftsamt durch eine progressive Grundsteuer in Vorschlag gebracht. Diese Wünsche wurden von dem Demokraten Dr. Böhmke in Steuerausgleich des Reichstages geltend vorgebracht. Böhmke weist darauf hin, daß bei der Einkommensteuer im Reich die Steuer der kleineren Betriebe bei leichten Böden dreimal so hoch eingeschätzt wurde, wie Betriebe von 300 Morgen. Noch größer wäre natürlich der Unterschied — der ihm aber nicht bekannt sei — zwischen Kleinbetrieb und eigenlichem Großgrundbesitz. Böhmke führte auch ähnliche Fälle aus Ostpreußen für die Berechnung der Umlagesteuer an. Er könne verstehen, wenn in unmittelbarer Nähe der Großstädte kleinere Betriebe, die ihre Erzeugnisse besonders günstig absetzen könnten, auch zu höheren Erträgen veranlagt würden. In ein landwirtschaftliches Gebiet sei aber über ungerichtet. Böhmke verlangte, daß der Reichsfinanzminister sofort die Landesregierungen wie die einzelnen

Finanzämter darauf hinweise, daß die erwähnte Praxis seinen Erklärungen widerspreche.

Das Reichsschulgesetz.

Nach der Reichsversammlung hat sich das öffentliche Schulwesen auf einer gemeinsamen Grundschule auf, hoch hind innerhalb der Gemeinden auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Wohnortes oder ihrer Wohnortsgemeinschaft, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundrissen eines Reichsschulgesetzes. Den Entwurf dieses Reichsschulgesetzes legt der Reichsminister des Innern jetzt dem Reichstag zu, nachdem der Reichsrat gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf einige Veränderungen beschlossen hat. Danach ist die Volksschule in der Regel eine einstufige Volksschule und ist grundsätzlich allen Schülern offen. An ihr ist der Religionsunterricht ebenfalls zu betreiben, wobei über die Teilnahme an ihm die Willenserklärung sowohl des Lehrers wie des für das Kind Erziehungsberechtigten entscheidet. Neben die Gemeinschaftsschule tritt die Elternschule, die grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern einer bestimmten Konfession dient und in dieser Konfession lehrplanmäßigen Religionsunterricht erteilt, sowie die bellenntnisschule. Diese dient entweder als weltliche Schulanstalt ohne Einschränkung des Bekenntnisses oder der Weltanschauung zur Aufnahme aller Schüler, oder ist als Weltanschauungsschule grundsätzlich zur Aufnahme von Schülern bestimmt, die für eine bestimmte Weltanschauung erogen werden sollen. Wenn ein rechtswirksamer Antrag auf Einrichtung von Bellenntnisschulen oder bellenntnisschule gestellt wird (antragsberechtigt ist neben dem Vater auch die Mutter), so findet ein befristetes Anmeldeverfahren für die beantragten Schulanstalten statt. Wenn die Eltern eine Schulanstalt beantragen, so ist das Anmeldeverfahren auch auf die Gemeinschaftsschule zu erstrecken. Hierbei gelten aber, und diese Bestimmung ersicht sich ebenfalls, nicht angewandte Kinder als ohne weiteres für die Schule angemeldet, die sie besuchen. In einigen Punkten ist zwischen Reichsregierung und Reichsrat keine Übereinstimmung erzielt worden, so daß der Entwurf die abweichenden Aufstellungen gegenüberstellt. Entgegen den Wünschen des Reichsrats hält die Regierung mit Recht daran fest, daß über Anträge wegen Einrichtung oder Beibehaltung beantragter Schulen in oberster Instanz das Oberverwaltungsamt zu entscheiden ist, dem die Entscheidung im Falle einer einheitlichen Auslegung der Bestimmung und des Gesetzes nicht entgegen stehen darf. Während ferner der Reichsrat verlangt, daß das Reich den Ländern und den Gemeinden die aus der Durchführung des Gesetzes entstehenden Kosten in Höhe von zwei Drittel erstattet, lehnt die Reichsregierung eine solche Kostenregelung aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Papierpreis und Zeitungsgewerbe.

Die Verhandlungen im Interfessionalen Ausschuss, der eine Einigung zwischen Verlegern und Papierindustrie erzielen soll, wurden gestern in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Birch im Reichsministeramt fortgesetzt. Folgende Maßnahmen zur Verbilligung des Papierpreises wurden erwoogen: zunächst die Schaffung eines Reichsvereins für Druckerei, bei dem ein Beitrag in dem Ausmaß der Ausgabe und Abnehmer vertreten sein müssen, die die Preisübernahme übernehmen würden; weiter eine wesentliche Beschränkung der Ausgabe von Papier zugunsten des Inlandmarktes; endlich ein scharfes Vorgehen auf Grund der Preisübervereinbarung vom 8. Mai 1918 in allen Fällen, in denen durch Vereinbarungen der Verbände übermäßige Gewinne erzielt werden; eine geographische Aufteilung des Verbandes der Papierindustriellen wurde nur als letztes Mittel für anwendbar gehalten. Die Hoffnung auf ein Entgegenkommen der Papierindustrie erfüllte sich zunächst nicht. Wie die Verhandlungen ergeben ist, so bleiben drohen, letzte der demokratische Abg. Dr. K. 11 der Papierindustrie nahe, doch weitestgehend bis zum 1. Juli ein Entgegenkommen zu zeigen und bis dahin die Arbeit des Preisprüfungsbeirates abzumachen, ebenso ludte der Staatssekretär in geordneten Verhandlungen die Industriellen zu einem Entgegenkommen an. Daraufhin wollte die Papierindustrie den Preis

von 350 Mark für das Stogramm auf 245 Mark herabsetzen, nachdem die Selbstindustrie ein entsprechendes Entgegenkommen gezeigt hatte. Die Verleger hielten dies aber nicht für zu geringfügig, daß es sich nicht lohne, darauf einzugehen. Um auch die letzte Möglichkeit einer Einigung zu erschöpfen, wurde eine Sonderbestimmung der parlamentarischen Vertreter mit den Verlegern angelehrt; ihr Ergebnis steht noch aus. Sollte eine befriedigende Lösung nicht erreicht werden, so ist ein solches und entliehenes Eingreifen der Reichsregierung mit Sicherheit zu erwarten.

Der Dank an Hoover.

Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden der American Relief Administration European Children Fund, Robert Hoover, Secretary of Commerce ein Dankschreiben, in dem es u. a. heißt: Mit Bedauern habe ich vernommen, daß die American Relief Administration bedroht ist, den Verkauf der Lebensmittelgüter mit Ende April und die Verlieferung von Nahrungsmittelpaketen mit Ende Juli d. J. einzustellen. Das ist ein Wert unfürdiger Menschheit, das Sie in Europas schwerster Zeit ins Leben gerufen haben, seinem Abhilfe zu schaffen. Es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen bei dieser Gelegenheit den aufrichtigen Dank des deutschen Volkes für die Hilfe auszusprechen, die Sie zahlreichen notleidenden Familien, Waisen und Kindern in Deutschland geschenkt haben. Das deutsche Volk wird das große, unter Ihrem Namen in der Welt bekanntgemachte Liebeswerk nicht vergessen. Das Band der Menschlichkeit wird immer fester schlingen und dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis der Völker zu fördern und der Welt die Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zu bringen, deren sie so dringend bedarf.

Wie beugen wir vor?

Von C. Delius, Halle, W. d. R. Bei der Fülle der sich häufen schwerwiegenden Fragen ist es erklärlich, wenn manche im Augenblick nicht so handt zu werden, wie es notwendig wäre. Die schmerzlichen Probleme, die sich aus dem Friedensvertrag und den Drohungen der Entente ergeben, lassen die inneren Gefahren jetzt in den Hintergrund treten. Und doch sollen man nicht vergessen, daß die Erfüllung unserer Verpflichtung und ein Wiederaufbau Deutschlands nur möglich ist, wenn wir stabile innere Verhältnisse haben. Das wir davon noch weit entfernt sind, hat uns nur wenigen Wochen der neue Konjunkturaufstand gezeigt.

Mitteldeutschland und namentlich der Bezirk Halle sind bis jetzt immer der Ausgangspunkt für alle kommunizistischen Wahnsinnstaten gewesen. Da ist für uns die Frage jetzt wohl zu erörtern, wie kann solchen Erhebungen vorgebeugt werden. Die Ursachen der Unruhen sind genügend bekannt. Eine intensive Arbeit der kommunizistischen Führer, unterstützt durch riesige Geldmittel aus dem hochgewinnlichen Ausland, haben große Teile der Arbeiterschaft, die zum großen Teil aus fremden Elementen bestehen, reaktioniert. Die Organisation der Kommunisten war geradezu glanzvoll. Die vielen Tausende, die in ihren Mann gewonnen wurden, waren weniger von der Heilslehre des Kommunismus durchdrungen, sondern ihre Betätigung war der Glaube, daß aus diesen Zuständen, die der Krieg gebracht hatte, nur der radikale Umsturz wieder herausführen konnte, und daß dabei eine Bereicherung auf Kosten „des Kapitalismus“ erfolgen würde. Daneben wurden Tausende unter einem grauenhaften Terror in die kommunizistischen Organisationen hineingezwängt. Diese glänzende Organisation hat jetzt durch den Niederbruch des Aufstiehs eine gewaltige Schlappe erhalten. Dr. Paul Koenig, der ehemalige Führer der Vereinigung K. P. D., der kürzlich eine sehr lehrwerte Schrift „Unser Weg“ wider den Quäntismus geschrieben hat, bekennt händelnd in dieser, daß durch den mitteldeutschen Aufstand die Organisation, die ehemals glanzvoll war, jetzt völlig zerfallen sei. Das dürfte zutreffend sein. Die nichtkommunistischen Parteien haben daraus die nötige Augenwendung zu ziehen. Es kann nicht bestritten werden, daß jetzt eine große Zahl der ehemals in kommunizistischen Lager stehenden

Die Sterbestunde.

Von
Martin Genschwanger.

(Nachdruck verboten.)

Aus Liebe hat Otto die Dore geheiratet. Die Liebe ist nicht geschwunden. Manchmal leben sie sich in die Augen, so tief, so tief, und bis zum tiefsten der tiefsten Dingen erzählen, von märchenhaften Liebeserlebnissen, von den liebenden Gespielen, dem bevorstehenden Krieg zwischen Japan und Amerika und dem sittlichen Aufbruch Berlins — Otto und Dore hören nichts, kein Wort. Sie karren in die Luft und träumen voneinander, obwohl sie nebeneinander sitzen. Manchmal aber ist der Zweifel los. Das gehört wohl zur Liebe. Sie schauen sich an, sie zittern bei jedem Wort, daß einem angst und bange wird. „Die Preise sinden andauernd“, sagt Dore. „So?“ antwortet Otto. „Deshalb möchte ich getieren zum Bankrottgeschick noch 30 Mark extra geben. Bei anderen Familien meckert man die hinteren Beine, aber bei uns...“ „Wie kann ich immer lebenswichtig“, sagt einer zu Dore. „Geh“, antwortet Dore, „zu allen anderen Frauen ist er nett und lieb. Weiß ich, weiß ich. Nur zu seiner Frau nicht...“ „Ich weiß gar nicht“, sagt Dore, „warum alle Mädchen so sehr auf dich hechten sind. Ich finde, sie haben es viel besser, wenn sie unverschämte bleiben...“ „Das sagen sie einem leidet immer zu spät...“ antwortet Otto. „Sie sitzen zu Hause und begucken sich gemeinsam die neue Nummer des „Simplicissimus“. Mäßig kränkt sich Dore, hält die Hand vor die Wangen, schließt die Augen und schreit: „Gott o Gott, Gott o Gott, ich hab' auf einmal so waghalsige Träume.“ „Otto, ich hab' du zügellos zügellos geträumt.“ Dore verfährt sich, kalter Schweiß tritt auf ihre Stirne. Man bringt sie zu Bett. Sie atmet und schreit, ist halb be-

müht, lächelt im Gesicht, und hat die Augen geschlossen. Otto telefoniert dem Arzt. Der Arzt ist nicht zu Hause. Einem zweiten Arzt. Er assistiert bei einer Operation, wird aber in zwei Stunden kommen. Otto telefoniert an eine Freundin von Dore. Die Freundin kommt und jammert: „Entsetzlich, entsetzlich.“ Dore mocht aber auch einen entsetzlichen Eindruck. Wie loblos liegt sie da. Die Freundin sagt: „Temperatur messen.“ Man misst. In der Tat: 38,7 Grad. „Halten Sie es für bedenklich?“ flüstert Otto der Freundin zu. Sie antwortet die Achseln: „Schon nicht, nicht aus. Nur nicht den Kopf verlieren.“ Ein Arzt, ein Arzt! Wenn nur ein Arzt da wäre! Da fällt der Freund ein, daß ein junger Arzt dieser Tage in ihrem Haus eingezogen ist. Man schickt das Dienstmädchen hin, nach einer halben Stunde erscheint der junge Arzt. Er bleibt geruame Zeit bei der Patientin. Dann tritt er mit erster Miene zu Otto. Man könne nichts Bestimmtes sagen — unmittelbare Lebensgefahr ist nicht zu befürchten — immertin bedenkliche Symptome — vor allem das Fieber — um den Blinddarm handle es sich nicht — wohl am Morgen oder an einem Darm, Entzündung, Geschwür, erst die Beobachtung könne Näheres ergeben — ob zu einer Operation geschritten werden müsse, er werde nach zwei Stunden, wenn der andere Arzt komme, mit ihm konferieren. Otto ist allein mit Dore. Sie schließt die Augen auf und streckt ihm matt ihre weiche Hand entgegen. „Es geht zu Ende, Otto“, haucht sie, ich fühle es... Otto starrt in die Erde und beudet ihre Hand mit kalten. „Nein, nein, nein, Dore, sage das nicht. Das ist ja nicht möglich. Das kann ja nicht sein, das darf nicht sein...“ „Und ich habe dir so viel Bedürfnis bereitet, die letzten Jahre“, fährt Dore fort. „Und du, du warst immer so gut zu mir...“ „Ach, Dore, dich nicht los, jammer Otto mit tränenerfüllter Stimme. Du warst immer ein Engel. Du bist ja die Güte selbst gewesen. Du hast mir jeden Wunsch von den Augen ablesen, keine bessere Frau kann es auf Erden geben...“ „Ich werde was so glücklich...“ o Gott, besonnen habe ich mich managen, was ich dir Befehl sagen könnte...“

„Otto, ich fühle es, ich bin nicht mehr lange auf der Erde. Ich muß es jetzt aussprechen: Du warst zu mir stets der Beste, der allerbeste Mann, keine Frau war glücklicher als ich. Aber ich habe dir viel Bedürfnis bereitet, ich war zu vergnügungsfähig, ich war nicht sparsam, ich war zärtlich, neidisch...“ Otto, vergib mir...“ „Ach, Dore, ich habe dir nichts zu vergeben. Ich habe dich um Verzeihung zu bitten. Ich war oft feindselig zu dir, ich habe dich mit geschäftigen und bösen Reden gekränkt, ich war nicht aufmerksam, ich habe deine Güte mißbraucht. Kannst du mir verzeihen, Dore?“ „Unmöglich bessere ich Dore's Aussehen. Ein toller Koffhaug beudet ihre Wangen.“ „Hilft du dich besser, Kind?“ fragt Otto. „Ja, Otto, die Schmerzen haben etwas nachgelassen. Ich mir ein wenig Baffer!“ „Der alte Hausarzt kommt. Er geht auf den Zehnenplan. Er unterzucht, lange. Dann kommt er mit freundlicher Miene zu Otto, schüttelt ihm die Hand. „Aljo machen Sie sich nicht die geringste Sorge. Es hat gar nichts zu sagen.“ „Bleibt keine Lebensgefahr, Herr Doktor?“ „Schon... Lebensgefahr... Liebermorgen geht Frau Dore wieder insparen. Eine kleine Magenentzündung, weiter nichts...“ „Gott, das bishen Fieber, das kommt schnell und vergeht eben so schnell wieder.“ Die Liebe ist nicht geschwunden. Manchmal sehen sich Dore und Otto in die Augen, so tief, so tief, und bis zum tiefsten der tiefsten Dingen erzählen, von märchenhaften Liebeserlebnissen, von den liebenden Gespielen, dem bevorstehenden Krieg zwischen Japan und Amerika und dem sittlichen Aufbruch Berlins — Otto und Dore hören nichts, kein Wort. Sie karren in die Luft und träumen voneinander, obwohl sie nebeneinander sitzen. Manchmal aber ist der Zweifel los. Das gehört wohl zur Liebe. Sie schauen sich an, sie zittern bei jedem Wort, daß einem angst und bange wird. „Die Preise sinden andauernd“, sagt Dore. „So?“ antwortet Otto. „Deshalb möchte ich getieren zum Bankrottgeschick noch 30 Mark extra geben. Bei anderen Familien meckert man die hinteren Beine, aber bei uns...“ „Wie kann ich immer lebenswichtig“, sagt einer zu Dore. „Geh“, antwortet Dore, „zu allen anderen Frauen ist er nett und lieb. Weiß ich, weiß ich. Nur zu seiner Frau nicht...“ „Ich weiß gar nicht“, sagt Dore, „warum alle Mädchen so sehr auf dich hechten sind. Ich finde, sie haben es viel besser, wenn sie unverschämte bleiben...“ „Das sagen sie einem leidet immer zu spät...“ antwortet Otto. „Sie sitzen zu Hause und begucken sich gemeinsam die neue Nummer des „Simplicissimus“. Mäßig kränkt sich Dore, hält die Hand vor die Wangen, schließt die Augen und schreit: „Gott o Gott, Gott o Gott, ich hab' auf einmal so waghalsige Träume.“ „Otto, ich hab' du zügellos zügellos geträumt.“ Dore verfährt sich, kalter Schweiß tritt auf ihre Stirne. Man bringt sie zu Bett. Sie atmet und schreit, ist halb be-